

Texte aus: <http://www.parlamentarischerrat.de/mitglieder>

Frieda Nadig
1897 (Herford) – 1970 (Bad Oeynhausen)

Frieda (Friederike) Nadig wächst in einem sozialdemokratisch geprägten Elternhaus auf. Nach dem Besuch der Volksschule von 1912 - 1914 kaufmännische Lehre beim Konsum, danach dort acht Jahre als Verkäuferin tätig. Bereits früh engagiert sie sich politisch: 1913 Eintritt in die Sozialistische Arbeiterjugend, seit 1914 Mitgliedschaft in der Sozialistischen Angestelltengewerkschaft, Frühjahr 1916 Eintritt in den SPD-Ortsverein Herford. Seit Herbst 1920 Ausbildung an der Sozialen Frauenschule in Berlin-Schöneberg. Sommer 1922 Staatsexamen als Wohlfahrtspflegerin mit dem Schwerpunkt Jugendwohlfahrt. Im Anschluss beim Jugendamt Bielefeld als selbstständige Jugendfürsorgerin tätig. 1930 - 1933 Mitglied des Westfälischen Provinziallandtags.

Im Mai 1933 fristlose Entlassung aus dem Öffentlichen Dienst der Stadt Bielefeld aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Seit Anfang 1936 Gesundheitspflegerin beim Staatlichen Gesundheitsamt des Kreises Ahrweiler.

1946 - 1966 Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt Ostwestfalen (Bielefeld). Wesentlich beteiligt am Wiederaufbau des Bielefelder SPD-Ortsverbands und der SPD-Bezirksorganisation Ostwestfalen. 1946 - 1948 Mitglied des Zonenbeirats. 1947 - 1950 Mitglied des Nordrhein-Westfälischen Landtags. In beiden Institutionen ist ihr Schwerpunkt die Sozialpolitik. 1949 - 1961 Mitglied des Deutschen Bundestags, u.a. Mitglied im Ausschuss für Rechtswesen und Verfassungsrecht bzw. im Rechtsausschuss. Hier tritt sie vor allem für ein zeitgemäßes Familienrecht, die Gleichstellung unehelicher Kinder, Mutter- und Jugendschutz sowie den Ausbau der rechtlichen Grundlagen der Sozialordnung ein.

Im Sommer 1948 wird (Friederike) Frieda Nadig vom Nordrhein-Westfälischen Landtag in den Parlamentarischen Rat gewählt. Hier wirkt sie als Mitglied im Ausschuss für Grundsatzfragen. Ihre Aufmerksamkeit gilt in erster Linie verfassungspolitischen Fragen, die den Alltag eines jeden bestimmen. Sie setzt sich für Gleichberechtigung von Mann und Frau ein, insbesondere für die Lohngleichheit und die rechtliche Gleichstellung von unehelichen und ehelichen Kindern. Zudem zählt sie zu den aktivsten Befürwortern des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

Helene Weber
1881 (Elberfeld) - 1962 (Bonn)

1900 - 1905 ist Helene Weber als Volksschullehrerin im konfessionellen Schuldienst tätig. Nach einem Hochschulstudium von 1909 - 1916 im Höheren Schuldienst in Bochum und Köln. Seit 1909 Tätigkeit in der Sozialarbeit. 1914 Gründerin der Kriegszentrale für Heimarbeit in Köln, 1916 Übernahme der Leitung der Sozialen Frauenschule, zunächst in Köln, später in Aachen. Mitbegründerin und Vorsitzende des Vereins Katholischer Sozialbeamtinnen, letzteres bis zum Lebensende. 1921 - 1930 Schriftleiterin der „Sozialen Berufsarbeit“. Als Mitglied der Zentrumsparterie für diese 1919 - 1920 in der Weimarer Nationalversammlung, 1921 - 1924 im Preußischen Landtag und 1924 - 1933 im Deutschen Reichstag, seit 1927 im

Vorstand der Reichstagsfraktion. Zahlreiche zusätzliche Verbands- und Parteifunktionen, u.a. seit 1925 Mitglied des Parteivorstands und Vorsitzende des Reichsfrauenbeirats der Zentrumspartei. Beruflich 1919 - 1932 im preußischen Wohlfahrtsministerium, ab 1920 als Ministerialrätin, 1932 - 1933 im preußischen Kultusministerium. Haupthandlungsfelder: Wohlfahrtspflege und Fürsorge, speziell im Bereich beruflicher Frauenbildung, Jugendwohlfahrt und Familie.

1933 stimmt sie trotz schwerer Bedenken mit der Fraktionsmehrheit im Reichstag für das „Ermächtigungsgesetz“, gleichwohl Entlassung aus dem Öffentlichen Dienst. Nach der Entlassung Konzentration auf den Bereich katholischer Verbandsarbeit, so u.a. als Vorsitzende des Berufsverbands katholischer Fürsorgerinnen (später Hedwigsbund). 1943 Umzug von Berlin nach Marburg an der Lahn.

Nach Kriegsende Übersiedlung nach Essen, dort Wiederausweitung der katholischen Verbandsarbeit, u.a. neben dem Vorsitz im Berufsverband katholischer Erzieherinnen im Katholischen Deutschen Frauenbund. Tritt der CDU bei. Mitbegründerin und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Frauen der CDU/CSU. 1946 Mitglied des ersten ernannten Landtags von Nordrhein-Westfalen, ab 1947 des Zonenbeirats der britischen Zone. Helene Weber gilt in der nachfolgenden Bundesrepublik als „einflussreichste Frau der Union“: 1949 - 1962 Mitglied des Deutschen Bundestags, seit 1950 in der Beratenden Versammlung des Europarats, seit 1955 in der Versammlung der Westeuropäischen Union. 1950 - 1958 Vorstandsmitglied der Internationalen Liga der Katholischen Frauenverbände. Seit 1952 Vorsitzende im Kuratorium des Deutschen Müttergenesungswerks.

Die vom Nordrhein-Westfälischen Landtag in den Parlamentarischen Rat entsandte Abgeordnete Helene Weber ist die einzige Frau innerhalb der CDU/CSU-Fraktion. Mit Wilhelm Heile (DP) und Paul Löbe (SPD) zählt sie zu den drei Mitgliedern, die bereits der Weimarer Nationalversammlung angehört haben. Im Parlamentarischen Rat gehört sie als Schriftführerin dem Präsidium an. Wie schon 1919, so widmet sie sich auch nun als Mitglied des Ausschusses für Grundsatzfragen den Angelegenheiten der Kulturpolitik, der Ehe und Familie sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter. Neben Adolf Süsterhenn (CDU) tritt sie in diesem Ausschuss als kulturpolitische Sprecherin der Union auf. So pflegt sie auch enge Kontakte zu den Vertretern der katholischen Kirche, wie z.B. zu Prälat Wilhelm Böhler, dem Beauftragten von Joseph Kardinal Frings, Erzbischof von Köln und Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, beim Parlamentarischen Rat. Ihr Grundrechtsverständnis gründet sich auf die Prinzipien des christlichen Naturrechts. So tritt sie entschieden für die Verankerung des Elternrechts im Grundgesetz ein. In Fragen der Gleichberechtigung wird sie vom tradierten Bild einer patriarchalischen Familienstruktur bestimmt, so dass sie „bei Anerkennung der staatsbürgerlichen und der Lohngleichheit“ einer vollen Gleichstellung der Frau im Ehe- und Familienrecht mit Zurückhaltung begegnet. Dennoch unterstützt sie am Ende die von Elisabeth Selbert (SPD) beförderte Initiative auf weitergehende formale Gleichstellung der Geschlechter (Art. 3 Abs. II GG).

**Marta Schanzenbach geb. Lehmann
1907 (Gengenbach) – 1997 (Offenburg)**

Marta Schanzenbach, geb. Lehmann stammt aus einem sozialdemokratischen Elternhaus; ältestes von sieben Kindern des Gengenbacher Ökonomieverwalters Hermann Lehmann. 1925 Eintritt in die SPD. Nach dem Besuch der Bürgerschule Verkäuferin beim Konsum. 1928 Mitglied der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Nach Ausbildung zur Kinderpflegerin in Mannheim und Karlsruhe 1929 bis 1931 Ausbildung zur Fürsorgerin in Berlin an der Wohlfahrtsschule der AWO. Bis zu ihrer Entlassung durch die Nationalsozialisten 1933 Familien-Fürsorgerin beim Jugendamt Berlin-Prenzlauer Berg.

Nach ihrer Heirat mit Albert Schanzenbach 1933 bleibt Marta Schanzenbach arbeitslos und kümmerte sich als Hausfrau um ihre Familie. 1939 Stelle als Fürsorgerin in Berlin, da die männlichen Mitarbeiter der Sozialämter zur Wehrmacht eingezogen wurden. 1942 Umzug mit ihren beiden Kindern nach Gengenbach und bis 1949 Fürsorgerin bei der Stadt Gengenbach. Seit Sommer 1944 wird ihr kriegsgefangener Mann in Russland vermisst; lässt ihn Ende der fünfziger Jahre für tot erklären.

1946-1976 Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Südbaden, 1948-1972 stellvertretende AWO-Bundvorsitzende.

Mitglied des Bundestages 1949–1972 und stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familien- und Jugendfragen (vor 1953 Ausschuss für Jugendfürsorge) ; erste Frau im Präsidium der SPD an der Seite von Herbert Wehner, Helmut Schmidt und Willy Brandt; Mitarbeit am „Godesberger Programm“ der SPD; 1947 Mitbegründerin und 1958 - 1966 Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses der SPD; 1949 -1972 stellvertretendes Mitglied im Sozialausschuss, 1949-1969 Mitglied des Kriegsofopferausschusses; 1955-1972 stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss.

1953–1959 Mitglied des Kreistags und Kreisrats für die SPD; Bezirks- u. stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt; Gengenbach.

1963: Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland

1969: Großes Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland

1971: Marie-Juchacz-Plakette der Arbeiterwohlfahrt

1972: Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland

1977: Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg

1996: Benennung des neu gebauten AWO-Seniorenzentrums in Offenburg nach ihr

1997: Ernennung zur Ehrenbürgerin der Stadt Gengenbach